

Fragen

für die Fragestunden der Sitzungen des Deutschen Bundestages
am Mittwoch, dem 12. Oktober 1988
am Donnerstag, dem 13. Oktober 1988

Verzeichnis der Fragesteller

<i>Abgeordneter</i>	<i>Nummer der Frage</i>	<i>Abgeordneter</i>	<i>Nummer der Frage</i>
Frau Adler (SPD)	28, 29	Kastning (SPD)	44, 45
Antretter (SPD)	13, 14	Lambinus (SPD)	24
Catenhusen (SPD)	3, 6	Lutz (SPD)	20, 21
Dr. Daniels (Regensburg) (DIE GRÜNEN)	1, 2	Dr. Mechtersheimer (DIE GRÜNEN)	49, 50
Dreßler (SPD)	7, 8	Müller (Pleisweiler) (SPD)	48
Frau Eid (DIE GRÜNEN)	39, 40	Dr. Nöbel (SPD)	18, 19
Frau Ganseforth (SPD)	30, 31	Frau Olms (DIE GRÜNEN)	41, 42
Gansel (SPD)	15, 43	Reimann (SPD)	53, 54
Graf (SPD)	25, 26	Reuter (SPD)	34, 35
Grunenberg (SPD)	12, 36	Dr. Scheer (SPD)	10, 11
Haack (Extertal) (SPD)	55, 56	Steiner (SPD)	46, 47
Frau Hämmerle (SPD)	22, 23	Stiegler (SPD)	9
Frau Dr. Hamm-Brücher (FDP)	51, 52	Toetemeyer (SPD)	4, 5
Dr. Hirsch (FDP)	16, 17	Uldall (CDU/CSU)	32, 33
Dr. Hitschler (FDP)	37, 38	Wartenberg (Berlin) (SPD)	27

Verzeichnis der Geschäftsbereiche der Bundesregierung

	Seite
Geschäftsbereich des Bundesministers für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit	3
Geschäftsbereich des Bundesministers für Forschung und Technologie	3
Geschäftsbereich des Bundesministers wirtschaftliche Zusammenarbeit.	3
Geschäftsbereich des Bundesministers der Justiz	4
Geschäftsbereich des Bundesministers für Arbeit und Sozialordnung	4
Geschäftsbereich des Bundesministers für Verkehr.	4
Geschäftsbereich des Bundesministers des Auswärtigen	5
Geschäftsbereich des Bundesministers des Innern	5
Geschäftsbereich des Bundesministers der Finanzen	7
Geschäftsbereich des Bundesministers für Wirtschaft.	8
Geschäftsbereich des Bundesministers der Verteidigung.	9
Geschäftsbereich des Bundesministers für Jugend, Familie, Frauen und Gesundheit.	11

**Geschäftsbereich des Bundesministers für Umwelt,
Naturschutz und Reaktorsicherheit**

1. Abgeordneter
Dr. Daniels
(Regensburg)
(DIE GRÜNEN)

Trifft es zu, daß der Lastfolgebetrieb von Atomkraftwerken Gefahren in der Form mit sich bringt, daß der Anfall von radioaktivem Abwasser auf ein Mehrfaches steigt, die Steuereinrichtungen einem erhöhten Verschleiß unterliegen, der Primärkreislauf einer erhöhten Materialermüdung ausgesetzt ist und die Hüllrohre der Brennelemente stärker beansprucht und schneller undicht werden können und damit der Sicherheitsspielraum verringert wird, da Material und Maschinen stärker belastet werden, und wie beurteilt die Bundesregierung den Lastfolgebetrieb angesichts der „ursprünglichen Planungen“, daß Atomkraftwerke nur in der Grundlast eingesetzt werden sollten?
2. Abgeordneter
Dr. Daniels
(Regensburg)
(DIE GRÜNEN)

Teilt die Bundesregierung die Zweifel des ehemaligen Bayerischen Ministerpräsidenten an der geplanten Wiederaufarbeitungsanlage Wackersdorf, und welche Maßnahmen hat die Bundesregierung für die WAA-Herbstaktionstage '88 getroffen?

**Geschäftsbereich des Bundesministers für Forschung
und Technologie**

3. Abgeordneter
Catenhusen
(SPD)

Welche Überlegungen bestehen beim Bundesministerium für Forschung und Technologie, im Rahmen des JESSI-Projekts anwendungsorientierte Forschungs- und Entwicklungsvorhaben in die Förderung der SUBMIKRON-Technologie einzubeziehen, und ist dabei auch an den Aufbau von Entwicklungszentren für Anwendung, etwa für die Bereiche CAD, CAM und CIM gedacht?

**Geschäftsbereich des Bundesministers für
wirtschaftliche Zusammenarbeit**

4. Abgeordneter
Toetemeyer
(SPD)

Wie beurteilt die Bundesregierung die Äußerung des Bundesministers Klein, wonach ein Drittel seiner Beamten willig, ein Drittel faul und ein Drittel ideologisch seien (Wirtschaftswoche vom 22. September 1988, Seite 35)?
5. Abgeordneter
Toetemeyer
(SPD)

Ist die Bundesregierung der Auffassung, daß eine solche Aussage ein gutes Betriebsklima fördert, und was versteht Bundesminister Klein unter „willigen bzw. ideologischen Beamten“?

Geschäftsbereich des Bundesministers der Justiz

6. Abgeordneter
Catenhusen
(SPD)
- Sind der Bundesregierung in der Bundesrepublik Deutschland Fälle bekannt, wo bei Mehrlingsschwangerschaften, die durch Retortenbefruchtung und Hormonbehandlung herbeigeführt wurden, kranke oder auch gesunde „überzählige“ Mehrlinge während der Schwangerschaft abgetötet wurden, und wie bewertet die Bundesregierung eine solche Strategie „selektiver Reduktion“, die offensichtlich in England und in den Vereinigten Staaten von Amerika in Einzelfällen praktiziert wird?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Arbeit und Sozialordnung

7. Abgeordneter
Dreßler
(SPD)
- Liegen der Bundesregierung Erkenntnisse vor, daß von den mehr als zwei Millionen bei der Bundesanstalt für Arbeit registrierten Arbeitslosen „rund 500 000 aus subjektiven und objektiven Gründen nicht vermittelbar seien“ und „daß selbst dann, wenn morgen zwei Millionen neue Arbeitsplätze zusätzlich vorhanden wären, weiterhin 1,5 Millionen Erwerbslose bei der Bundesanstalt für Arbeit verwaltet würden“ (s. Süddeutsche Zeitung vom 5. Oktober 1988)?
8. Abgeordneter
Dreßler
(SPD)
- Hat die Bundesregierung die Absicht, dem Deutschen Bundestag eine Änderung des Arbeitsförderungsgesetzes vorzuschlagen, um Arbeitsuchende, die länger als drei Jahre arbeitslos gemeldet sind, aus der Statistik zu streichen, und liegen der Bundesregierung Hinweise über „den organisierten Mißbrauch“ von Nebentätigkeiten und der „selbstverständlichen Mitnahme von Leistungen der Bundesanstalt für Arbeit“ vor (s. Handelsblatt vom 5. Oktober 1988)?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Verkehr

9. Abgeordneter
Stiegler
(SPD)
- Trifft es zu, daß bei den im Schulbusverkehr eingesetzten Bussen zwei nebeneinanderliegende Sitzplätze mit drei Kindern bis zum vollendeten 12. Lebensjahr besetzt werden dürfen, und was gedenkt die Bundesregierung zu unternehmen, um der täglichen Gefährdung der Schulkinder in Schulbussen durch das Fehlen zwingender Vorschriften in der StVZO für die Aus- bzw. Nachrüstung der Schulbusse, die vor dem 1. Mai 1984 erstmals zugelassen worden sind, mit Sicherheitsgurten für jedes Kind entgegenzuwirken?

Geschäftsbereich des Bundesministers des Auswärtigen

10. Abgeordneter
Dr. Scheer
(SPD)
- Setzt sich die Bundesregierung dafür ein, daß die Erfahrung der WEU-Rüstungskontrollagentur bei der Entwicklung eines Verifikationsverfahrens genutzt wird, damit Westeuropa einen konkreten Beitrag zu etwaigen Rüstungsbegrenzungsabkommen im konventionellen Bereich leistet?
11. Abgeordneter
Dr. Scheer
(SPD)
- Ist die Bundesregierung bereit, eine Dokumentation über die Tätigkeit der WEU seit 1984 herauszugeben, so wie sie zum Beispiel seit Jahren durch das Auswärtige Amt in der Reihe „Berichte und Dokumentationen“ die Öffentlichkeit über die Europäische Politische Zusammenarbeit (EPZ) informiert?
12. Abgeordneter
Grunenberg
(SPD)
- Hat die Bundesregierung mittlerweile eine amtliche deutsche Übersetzung des Seerechtsübereinkommens der Vereinten Nationen einschließlich der Schlußakte von 1982 erstellt, wie im Antrag der Fraktion der SPD vom 27. Februar 1985 (Drucksache 10/2931) gefordert wurde?
13. Abgeordneter
Antretter
(SPD)
- Wie ist der aktuelle Stand der Verhandlungen über den Beitritt Portugals und Spaniens zur WEU?
14. Abgeordneter
Antretter
(SPD)
- Hält die Bundesregierung einen WEU-Beitritt aller europäischen Mitgliedsländer der Atlantischen Allianz, die dies wünschen und bereit sind, die im Fall Portugal und Spanien festgesetzten Bedingungen zu übernehmen, für möglich und wünschenswert?
15. Abgeordneter
Gansel
(SPD)
- Was hat die Bundesregierung seit dem 29. September 1988 getan, um die Freilassung der in Afghanistan von der afghanischen Regierung festgehaltenen deutschen Staatsbürger, der Krankenschwester Lea Hackstedt und des Arztes Benno Splieth, zu erreichen?

Geschäftsbereich des Bundesministers des Innern

16. Abgeordneter
Dr. Hirsch
(FDP)
- Wie hoch ist der durchschnittliche Anteil der nach § 8 Abs. 2 Asylverfahrensgesetz vorgeschriebenen sogenannten ersten Anhörung der Asylbewerber durch die zuständige Ausländerbehörde an allen in dem jeweiligen Bundesland eingeleiteten Asylverfahren?
17. Abgeordneter
Dr. Hirsch
(FDP)
- Ist der Bundesregierung bekannt, womit die Bundesländer gegebenenfalls die Nichterfüllung der gesetzlichen Anhörungspflicht nach § 8 Abs. 2 Asylverfahrensgesetz begründen?

18. Abgeordneter
Dr. Nöbel
(SPD)
- Teilt die Bundesregierung die im Prüfbericht des Bundesrechnungshofes vom 29. April 1988 über das Technische Hilfswerk (THW) gemachte Feststellung, daß das THW „mit erheblichen Problemen belastet (ist), die sich aus ihrer Rechtsnatur, ihrer Aufgabenstellung und ihrer organisatorischen Stellung ergeben“?
19. Abgeordneter
Dr. Nöbel
(SPD)
- Wie gedenkt die Bundesregierung die im Prüfbericht des Bundesrechnungshofes über das Technische Hilfswerk (THW) aufgezeigten Schwachstellen zu beseitigen, und ist die Bundesregierung gegebenenfalls gewillt, die Aufgaben des THW den anderen Hilfsorganisationen zu übertragen?
20. Abgeordneter
Lutz
(SPD)
- Ist die Bundesregierung der Meinung, daß das Technische Hilfswerk in seiner gegenwärtigen Struktur der Forderung nach einem wirtschaftlichen und leistungsstarken Katastrophenschutz gerecht wird?
21. Abgeordneter
Lutz
(SPD)
- Teilt die Bundesregierung die Auffassung des Bundesrechnungshofes, daß die interne Gliederungs- und Prozeßstruktur im Technischen Hilfswerk Schwachstellen aufweise, die unnötige Kosten verursache, eine sachgerechte Organisation behindere und die Arbeit erschwere?
22. Abgeordnete
**Frau
Hämmerle**
(SPD)
- Wird die Bundesregierung der Empfehlung des Bundesrechnungshofes folgen und die Dienststellen der Landesbeauftragten des Technischen Hilfswerks organisatorisch zusammenlegen, um hiermit Personalausgaben in Höhe von jährlich 2 Millionen DM einzusparen?
23. Abgeordnete
**Frau
Hämmerle**
(SPD)
- Teilt die Bundesregierung die Auffassung des Bundesrechnungshofes, daß eine solide Haushaltspolitik die Übertragung der Aufgaben des Technischen Hilfswerks auf die Feuerwehren und den Verzicht der Vorhaltung einer eigenen Hilfsorganisation zwingend erforderlich macht?
24. Abgeordneter
Lambinus
(SPD)
- Ist die Bundesregierung der Meinung, daß der Prüfbericht des Bundesrechnungshofes über das Technische Hilfswerk (THW) schwerste Mängel im THW und bei den entsprechenden Dienststellen des Bundesministers des Innern offenkundig gemacht hat und die vom Bundesminister des Innern angestrebte Schaffung einer neuen Rechtsgrundlage für das THW die eigentlichen Probleme nicht löse?
25. Abgeordneter
Graf
(SPD)
- Seit wann ist der Bundesregierung bekannt, daß die organisatorische Verbindung der Bundesanstalt Technisches Hilfswerk mit dem Bundesamt für Zivilschutz erhebliche Konflikte verursacht hat, und wie hat das Bundesministerium des Innern darauf reagiert?

26. Abgeordneter
Graf
(SPD)
- Wie gedenkt die Bundesregierung auf den Vorwurf des Bundesrechnungshofes im Prüfbericht über das Technische Hilfswerk zu reagieren, daß das Bundesministerium des Innern es versäumt habe, „ihm bekannte Schwachstellen der Ablauforganisation durch eindeutige und klare Regelungen zu beseitigen, den Einsatz der Informationstechnik einheitlich voranzutreiben und die in der Doppelgleisigkeit von Arbeitsabläufen zwischen dem Bundesstrang und der Auftragsverwaltung liegenden Schwierigkeiten durch Ausschöpfung der gesetzlichen Möglichkeiten zu minimieren“?
27. Abgeordneter
Wartenberg
(Berlin)
(SPD)
- Welche Schlußfolgerungen gedenkt die Bundesregierung aus der Feststellung des Bundesrechnungshofes zu ziehen, daß die Ausgaben des Bundes für das Technische Hilfswerk (THW) in Höhe von 160 Millionen DM (1987) erhebliche Zweifel an der richtigen Gewichtung des Mitteleinsatzes im Zivilschutz aufkommen lassen und bis zu 40 Millionen DM jährlich gespart werden könnten, wenn die derzeitigen Aufgaben des THW von anderen Organisationen wahrgenommen würden?
28. Abgeordnete
Frau
Adler
(SPD)
- Welche schwerwiegenden Körperverletzungen von Menschen müssen nach Ansicht der Bundesregierung gegeben sein, um ein Verbot der Haltung, Züchtung und Abrichtung von Kampfhunden der Rasse Pit-Bull-Terrier, die als Statussymbol gehalten werden, auszusprechen?
29. Abgeordnete
Frau
Adler
(SPD)
- Welche Maßnahmen gedenkt die Bundesregierung zu ergreifen, um gesetzgeberisch tätig zu werden, indem eine staatliche Prüfung der Kampfhundehalter gefordert wird, die Tiere auf ihr „Verhalten in Menschengruppen“ und „Gehorsam“ beinhaltet?

Geschäftsbereich des Bundesministers der Finanzen

30. Abgeordnete
Frau
Ganseforth
(SPD)
- Wie beurteilt die Bundesregierung die Tatsache, daß Pakete und Päckchen an Verwandte in der DDR steuerlich abgesetzt werden können unabhängig von der Bedürftigkeit des betroffenen Personenkreises, während diese Regelung für Pakete an Freunde bzw. Bekannte nicht gilt?
31. Abgeordnete
Frau
Ganseforth
(SPD)
- Wie hoch schätzt die Bundesregierung die Steuerausfälle, die entstehen würden, wenn auch Geschenksendungen an Freunde und Bekannte steuerlich absetzbar wären?

32. Abgeordneter
Uldall
(CDU/CSU)
- Wie viele neue Aktiengesellschaften sind in den letzten zehn Jahren an der Börse eingeführt worden
- a) insgesamt,
b) im geregelten Markt?
33. Abgeordneter
Uldall
(CDU/CSU)
- Wie hat sich in den letzten zehn Jahren in der Bundesrepublik Deutschland die Zahl der Aktionäre entwickelt, und welches Kapital wird von ihnen gehalten?
34. Abgeordneter
Reuter
(SPD)
- Sind der Bundesregierung Pläne der Amerikaner bekannt, neue und zusätzliche Hubschrauber in Erlensee, Main-Kinzig-Kreis, zu stationieren?
35. Abgeordneter
Reuter
(SPD)
- Bejahendenfalls, um welchen Typ und um welche Anzahl handelt es sich?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Wirtschaft

36. Abgeordneter
Grunenberg
(SPD)
- Hält die Bundesregierung angesichts der Verhandlungsfortschritte in der Vorbereitungscommission für die Internationale Meeresbodenbehörde und den Internationalen Seegerichtshof sowie der Registrierung von Tiefseebergbaufeldern zugunsten von Indien, Frankreich, Japan und der Sowjetunion ein alternatives Tiefseebergbauregime noch für politisch sinnvoll und durchsetzbar, und hat die Bundesregierung wirksame Initiativen ergriffen, um das Tiefseebergbauregime des Seerechtsübereinkommens zu verbessern, wie sie anlässlich der Ablehnung der Unterzeichnung im Jahre 1984 angekündigt hatte?
37. Abgeordneter
Dr. Hitschler
(FDP)
- Ist der Bundesregierung die von Dr. Siegfried Bluth im gp magazin 9/88 (Ausgabe Rheinland-Pfalz/Saarland der Zeitschrift der IG Chemie-Papier-Keramik, S. 15) geäußerte Vermutung bekannt, daß einige Gaswerke – beispielsweise das Gaswerk Heilbronn – auf Grund der für die Berechnung des Gasverbrauchs der Kunden entwickelten Umrechnungsformel von Kubikmetern in Kilowattstunden fakturieren, die jedoch, da sie u. a. den Druck des Gases, seine Temperatur, die Feuchtigkeit und den Brennwert des Gases berücksichtigt, Werte ergibt, die dazu führen, daß den Kunden insgesamt eine größere Gasmenge in Rechnung gestellt wird, als die Gaswerke von ihren Vorlieferanten erhalten haben, und trifft diese Vermutung nach den Erkenntnissen der Bundesregierung zu?

38. Abgeordneter
Dr. Hitschler
(FDP)
- Ist die Bundesregierung für den Fall, daß diese Vermutung zutrifft, gewillt und in der Lage, eine Veränderung des Umrechnungsmodus zu erwirken, und welche preissenkenden Auswirkungen hätte dies für den Erdgasbezug der Verbraucher?
39. Abgeordnete
Frau Eid
(DIE GRÜNEN)
- Hat die Bundesregierung den Export von Multisensorplattformen durch die Firma MBB nach Südafrika genehmigt, und wenn ja, wie vereinbart sie dies mit dem UNO-Rüstungsembargo und mit der Sicherheitsratsresolution 591/86, der zufolge keinerlei militärisch nutzbare Gegenstände nach Südafrika exportiert werden sollen?
40. Abgeordnete
Frau Eid
(DIE GRÜNEN)
- Trifft es zu, daß im Juni 1988 eine Multisensorplattform von MBB nach Südafrika exportiert wurde, obwohl zuvor bereits seitens des Auswärtigen Amtes Bedenken gegen diese Ausfuhr im Hinblick auf das Rüstungsembargo geäußert wurden?
41. Abgeordnete
Frau Olms
(DIE GRÜNEN)
- Trifft es zu, daß die Bundesregierung die Ausfuhr von Multisensorplattformen durch die Firma MBB nach Südafrika im Juni 1988 genehmigt hat, obwohl zum Zeitpunkt der Genehmigung bereits Bedenken seitens des Auswärtigen Amtes gegen diese Ausfuhr im Hinblick auf das völkerrechtlich verbindliche Rüstungsembargo gegenüber Südafrika geäußert wurden, und wurden inzwischen weitere Ausfuhren von Multisensorplattformen nach Südafrika genehmigt?
42. Abgeordnete
Frau Olms
(DIE GRÜNEN)
- Kann die Bundesregierung ausschließen, daß die bisher ausschließlich militärisch genutzten Multisensorplattformen nach Ausbau einzelner Komponenten via Großbritannien nach Südafrika geliefert wurden oder geliefert werden?
43. Abgeordneter
Gansel
(SPD)
- Hat die Bundesregierung in den letzten sechs Monaten für Exporte in den Iran und Irak nach dem Außenwirtschaftsgesetz in Fällen, die nach dem Außenwirtschaftsgesetz genehmigungspflichtig sind, Genehmigungen erteilt, und beabsichtigt sie, auch wenn zwischen den beiden Staaten noch kein sicherer Frieden vereinbart ist, solche Genehmigungen zu erteilen?

Geschäftsbereich des Bundesministers der Verteidigung

44. Abgeordneter
Kastning
(SPD)
- Wie viele ehemalige (pensionierte) Berufssoldaten leisten ihre Wehrübung in den Stäben statt in der Truppe, und inwieweit sind Wehrübungen mit dem Zweck des Wehrübungserlasses Nr. 103 a und b (Aus- und Weiterbildung für Mob-Verwendung, Inübunghaltung) vereinbar,

- wenn diese Personen unmittelbar nach Versetzung in den Ruhestand im Rahmen von Wehrübungen von einem Jahr und länger auf ihren alten Stabsdienstposten eingesetzt werden, also für Tätigkeiten herangezogen werden, die sie zum Teil jahrelang ausgeübt haben?
45. Abgeordneter
Kastning
(SPD)
- Hält es die Bundesregierung für vertretbar, wenn dieser Personenkreis neben dem Ruhegehalt Wehrsold nach dem Wehrsoldgesetz, freie Verpflegung und Leistungen nach § 13 Unterhaltssicherungsgesetz erhält; wie verträgt sich diese Praxis mit dem Alimentationsprinzip?
46. Abgeordneter
Steiner
(SPD)
- Wann werden die vom Bundesminister der Verteidigung im Rahmen des geplanten verbesserten Betreuungskonzeptes für das Luftwaffenpersonal in Goose Bay angekündigten modernen Unterkünfte verfügbar sein?
47. Abgeordneter
Steiner
(SPD)
- Wann kann mit der Realisierung einer zusätzlichen Erschwerniszulage und einer Änderung im Reisekostengesetz gerechnet werden, um die finanziellen Belastungen für das fliegende und technische Personal der Luftwaffe und ihrer Familien in Goose Bay zu reduzieren?
48. Abgeordneter
Müller
(Pleisweiler)
(SPD)
- Was will die Bundesregierung tun, um jetzt auch bei unseren Verbündeten die Einstellung aller militärischen Tiefflüge unter 300 Meter im Luftraum der Bundesrepublik Deutschland durchzusetzen, da das Verwaltungsgericht Darmstadt in einer abschließenden mündlichen Verhandlung am 6. Oktober 1988 zwei Klägern aus Hessen Recht gegeben hat mit dem Urteil, „daß die Bundesrepublik Deutschland militärische Tiefflüge mit Strahlflugzeugen im Luftraum von 150 bis 300 Metern über den Grundstücken der Kläger vor Eintritt des Spannungs- bzw. vor Feststellung des Verteidigungsfalles zu unterlassen hat“ (Zitat aus der Pressemitteilung des Darmstädter Verwaltungsgerichts vom 6. Oktober 1988) – unabhängig davon, daß eine entsprechende Klage auf Unterlassung auch der alliierten Tiefflüge vom Verwaltungsgericht abgetrennt worden ist und noch zur Entscheidung ansteht?
49. Abgeordneter
Dr. Mechtersheimer
(DIE GRÜNEN)
- Weshalb beansprucht das Bundesministerium der Verteidigung das Recht, Verstöße von militärischen Luftfahrzeugführern gegen die gesetzlichen Luftverkehrsbestimmungen zu ahnden, obwohl dies in den Zuständigkeitsbereich des Bundesministers für Verkehr fällt?
50. Abgeordneter
Dr. Mechtersheimer
(DIE GRÜNEN)
- Wie oft wurden seit 1985 Bußgeld- und Disziplinarverfahren wegen Verstößen gegen die gesetzlichen und militärischen Luftverkehrsbestimmungen gegen deutsche und alliierte Luftfahrzeugführer eingeleitet und rechtskräftig abgeschlossen?

**Geschäftsbereich des Bundesministers für Jugend,
Familie, Frauen und Gesundheit**

51. Abgeordnete
**Frau
Dr. Hamm-Brücher**
(FDP) Ist es zutreffend, daß das Bundesgesundheitsamt beabsichtigt, 2 500 Präparate der Naturheilkunde zu verbieten?
52. Abgeordnete
**Frau
Dr. Hamm-Brücher**
(FDP) Wenn ja, mit welchen Gutachten und Sachverhalten wird diese für die Naturmedizin ruinöse Maßnahme begründet?
53. Abgeordneter
Reimann
(SPD) Warum läßt es die Bundesregierung zu, daß auf offiziellen Prospekten der Deutschen Bundesbahn für Kombinationsschmerzmittel geworben wird, obwohl die Spätfolgen des Schmerzmittelmißbrauchs, insbesondere chronische Schädigungen und Nierentumore, seit Jahrzehnten bekannt sind?
54. Abgeordneter
Reimann
(SPD) Ist die Bundesregierung bereit zu veranlassen, daß rezeptfrei erhältliche Schmerzmittelmengen auf maximal 20 Tabletten reduziert werden?
55. Abgeordneter
**Haack
(Extertal)**
(SPD) Ist die Bundesregierung bereit, eine Rezeptpflicht für alle Analgetika mit Ausnahme von monokomponenten Präparaten einzuführen, angesichts der Ergebnisse neuerer Erhebungen, wonach über 10 v. H. der in der Bundesrepublik Deutschland behandelten chronisch Nierenkranken (Dialyse und Transplantation) auf Grund von Schmerzmitteleinnahmen nierenkrank geworden sind?
56. Abgeordneter
**Haack
(Extertal)**
(SPD) Ist die Bundesregierung bereit, ein Verbot der Laienwerbung für Schmerzmittel zu veranlassen, da nach Mikrozensusserhebungen davon auszugehen ist, daß bis zu 9,5 v. H. der Bevölkerung in der Bundesrepublik Deutschland regelmäßig Schmerzmittel einnehmen?

Bonn, den 7. Oktober 1988

